„Staat als Kunstwerk“ in seiner Cultur der Renaissance kennt (gegen letzteres Werk polemisiert der Verfasser an zwei Stellen). Aber man wird der lebhaften, oft mit rhetorischem Schwunge vorgetragenen Darstellung des Verfassers, zumal er durch zahlreiche Beispiele aus der Geschichte die zusammenfassende Uebersicht des Textes anschaulich zu machen weiss, mit Vergnügen folgen, weungleich sie nach seinen eigenen Worten nicht mehr als eine Skizze ist, die uns freilich die Wichtigkeit einer grossen der Entstehung des modernen Staatsbegriffs gewidmeten Arbeit deutlich macht.

Berlin.

Dr. R. Hübner.

Kaiserurkunden in Abbildungen, herausgegeben von H. v. Sybel und Th. v. Sickel, 8. Lieferung, 1887.

Die 8. Lieferung der Kaiserurkunden, welche die Zeit von 1246 bis 1313 umfasst, ist von Herzberg-Fränkell bearbeitet und in dem dazu gehörigen Texte (S. 207—283) mit Ausführungen begleitet, die zum Theil ein erhebliches rechtsgeschichtliches Interesse haben, aber an der Stelle, wo sie erschienen sind, den Rechtshistorikern leicht entgehen könnten. Daher sei an dieser Stelle auf einige Bemerkungen des Verfassers aufmerksam gemacht. Der Königstitel lautet in dieser Periode stets „Dei gracia Romanorum rex semper augustus“, das „divina favente clementia“ begegnet nur in Kaiserurkunden (218). Die Strafformel besteht jetzt meistens in Androhung der Ungnade, die früheren Pönal-Clauseln mit ihrer Geldstrafe begegnen nur noch vereinzelt (219). Die Clausel „ex certa scientia“ hatte einen prozessualischen Zweck. Wenn sie fehlte, so galt die Königsurkunde als in der Voraussetzung ertheilt, dass sich alles so verhielt, wie der Empfänger oder Veranlasser der Urkunde dem Könige dargestellt hatte. Die Urkunde konnte demnach durch Berufung von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden König angefochten werden, worauf es bei diesem stand, ob er dem Empfänger der Urkunde den Beweis der Wahrheit auferlegen, oder die Berufung mit der Erklärung, dass er ausreichend unterrichtet sei, zurückweisen wollte (231 ff.).

Das Wesentliche der königlichen Privilegien (237—248) findet der Verfasser darin, dass sie Guadenakte waren, durch welche dem Empfänger ein dauerndes Recht eingeräumt wurde. Sie waren demnach durch keine Gegenleistung bedingt, wodurch jedoch im einzelnen Falle nicht ausgeschlossen war, dass die Gunst durch vorhergegangene Leistungen verdient sein mochte. Die gerichtliche Entscheidung über Privilegien des Königs war dem Hofgerichte vorbehalten. Erschlichene Privilegien waren nichtig. Verletzungen eines Privilegs zogen, wenn keine andere Strafe angedroht war, Verlust der Gnade nach sich. Häufig wurden Privilegien nicht zur Begründung eines neuen, sondern nur zur Bestärkung eines schon vorhandenen Rechts ertheilt. In der Sitte, sich von jedem neuen Könige die Privilegien seiner Vorgänger bestätigen zu lassen, sieht der Verfasser nur einen Gegenakt zur Huldigung, da

der König obnehin zur Aufrechterhaltung der früheren Privilegien verpflichtet gewesen sei (244). Wir können dem nicht beistimmen. Der Verfasser führt selbst eine Reihe von Beispielen an, wo die Bestätigung versagt oder nur in beschränktem Umfange ertheilt wurde. In dringenden Fällen nahmen die Könige sogar das Recht in Anspruch, von ihnen selbst gegebene Privilegien rückgängig zu machen oder abzuändern (237). Zuweilen wurden Privilegien, häufig namentlich Zollbefreiungen, überhaupt nur auf Zeit oder auf Widerruf ertheilt. Nach ihrem Inhalte hebt Verfasser namentlich königliche Schutzbriefe (239), Stadt- und Marktprivilegien (240 f.), Evocationsprivilegien (242), Zoll- und Steuergerechtigkeiten (242 f.), Zoll- und Steuerbefreiungen (243) hervor.

Den sonstigen Inhalt der königlichen Diplome sondert der Verfasser nach folgenden Gruppen: Lehnbriefe (248 f.), Rechtssprüche (250 f.), bei denen zu beachten ist, dass die unter Vorsitz des Königs gefällten Hofgerichtsurtheile von der Reichskanzlei, die unter dem Hofrichter von der Hofgerichtskanzlei ausgefertigt werden, sodann Schiedssprüche oder Sühnen (251 f.), Gesetze (252), Edicte (253), worunter Verfasser die im Verwaltungswege erlassenen königlichen Verordnungen versteht, Mandate (253 f.), Consense (255), Verträge (256), Pfandbriefe (257 f.) und verschiedene andere privatrechtliche Geschäfte (259). Die meisten Reichspfandschaften gewährten dem Empfänger 10 pCt. Nutzung, Todsatzungen kamen nur ausnahmsweise vor. Eine eigenthümliche Form des Pfandlehns war es, wenn der Beliehene verpflichtet wurde, das Ablösungskapital in Grundstücken anzulegen und diese vom Reiche zu Lehen zu nehmen. Bei den Landfriedensgesetzen macht Verfasser auf die ausserordentliche Unsorgfältigkeit in den amtlichen Ausfertigungen aufmerksam. Offenbar wurden dieselben nur zur Unterstützung des Gedächtnisses abgefasst, nicht aber als massgebende Rechtsquelle angesehen. Der Schwerpunkt lag in der Landfriedenseinung, nicht in der Niederschrift derselben.

Ein Anhang handelt von den Willebriefen der Kurfürsten (259 ff.), die meistens in der Reichskanzlei ausgefertigt, aber nicht in dem Archive derselben aufbewahrt, sondern dem Empfänger des Diploms ausgehändigt wurden. Verfasser weist nach, dass die Willebriefe nicht formell nothwendig waren, sondern auch durch sofortige oder nachgeholt mündliche Zustimmung ersetzt werden konnten. Ihr vornehmster Zweck war demnach, den Beweis, dass die Zustimmung überhaupt erfolgt sei, zu sichern.

R. Schröder.

Verhandelingen ter nasporing van de wetten en gesteldheid onzes vaderlands, door een genootschap te Groningen pro excolendo iure patrio, VII. deel, II. stuk, 1. 2. supplement, Groningen 1886—1890, Schottens & zoon. 56 u. 116 S. 8°.

(A. u. d. Titel: Eenige Ordelen en Verordeningen van den Drost en Elten van het Landschap van Drenthe, uitgegeven door Mr. S.